

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 opbn d

Inhalt

Rudolf Müller MdB zum Ergebnis des EG-Gipfels: Das Ende der Agrar-Illusion.

Seite 1

Dieter Schanz MdB zu Sihanouks Rückzug aus der Widerstands-Koalition: In die Kambodscha-Frage kommt Bewegung.

Seite 3

Dokumentation:

SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Erhard Eppler hielt am 3. Februar an der Humboldt-Universität zu Berlin einen Vortrag, den wir in zwei Teilen dokumentieren. Teil I: Woher kommen die Waffen?

Seite 4

43. Jahrgang / 32

17. Februar 1988

Das Ende der Agrar-Illusionen

Bonn wurde von den Realitäten eingeholt

Von Rudolf Müller MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

„Wir haben die Politik des Preisdrucks in Brüssel abgewehrt“, so erklärte der Bundeskanzler noch vor einem Jahr vor der Bundestagswahl. Jetzt hat er selbst beim Europäischen Rat automatische Preissenkungen bei Getreide bis zu drei Prozent jährlich und bei Ölsaaten sogar in unbegrenztem Umfang - das kann 1988/89 ein Minus von circa 20 Prozent bedeuten - durchgesetzt.

Damit haben die Realitäten die Bundesregierung endgültig eingeholt: bei zum Teil drastisch steigenden Überschüssen lassen sich die bäuerlichen Einkommen weder mit mehr Geld noch mit mehr Bürokratie und Dirigismus sichern.

Die Beschlüsse der Regierungschefs zur Sanierung der Agrarmärkte waren unvermeidlich. Dabei sind die Absage an neue Quotenregelungen und die Einführung einer Fettsteuer zu begrüßen.

Besorgnis muß jedoch erwecken, daß die Regierungschefs die drängenden Einkommensprobleme der Landwirte vernachlässigt haben:

- Die Frage EG-weiter direkter Einkommensübertragungen bleibt weiter ungelöst; Finanzmittel werden nicht bereitgestellt.
- Der Vorruhestand für ältere Landwirte, den die Sozialdemokraten seit langem fordern, kommt um Jahre verspätet;

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 02,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlich: Dr. Erhard Eppler
mit verantwortlich: Rudolf Schwinn
Korrespondent: Peter



die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer werden überhaupt nicht einbezogen. Zweifel an der Einführung der gesamten Maßnahme bleiben außerdem so lange bestehen, wie der Bundeskanzler seinen Widerstand gegen das gleiche Vorhaben im gewerblichen Sektor nicht aufgegeben hat.

- Das Programm zur Flächenstillegung kann angesichts der vergleichsweise bescheidenen Finanzausstattung kaum wirksame Einkommensverbesserungen bringen; das Fehlen von Durchführungsbestimmungen läßt zudem befürchten, daß die für den 1. April 1988 vorgesehene Extensivierung von Nutzflächen weiter verzögert wird.
- Die begrüßenswerte Verbesserung der Finanzausstattung auch des Agrarstrukturfonds wird die Situation des ländlichen Raumes in der Bundesrepublik kaum verbessern, da diese Finanzmittel auf die weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten konzentriert werden.

Auf die deutschen Bauern kommen über die die gesamte EG-Landwirtschaft treffenden Eingriffe zur Marktanierung hinaus zusätzliche Lasten zu: so wird im kommenden Wirtschaftsjahr 1988/89 der deutsche Währungsausgleich bei Milch und Getreide um ein Prozent verringert mit der Folge einer entsprechenden Preissenkung. Zusätzlich zu den damit verbundenen Einkommensverlusten wird sich die Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft weiter verschlechtern.

Demgegenüber können ihre Mitbewerber in den Schwachwährungsländern im neuen Wirtschaftsjahr mit Preiserhöhungen in nationaler Währung rechnen. So sind durch den Abbau des negativen Währungsausgleichs in Frankreich nationale Preiserhöhungen bis zu fünf Prozent, in Großbritannien sogar bis zu knapp 20 Prozent möglich. Die EG-Kommission und der Agrarministerrat werden bei den Preisverhandlungen für das Wirtschaftsjahr 1988/89 gut beraten sein, dem Drängen einiger Mitgliedstaaten auf nationale Preisverbesserungen mit äußerstem Nachdruck entgegenzutreten. Die Bundesregierung ist aufgefordert, nationale Preisverbesserungen zu verhindern. Geschieht dies nicht, so wäre die notwendige Agrarreform von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Die deutschen Bauern aber wären in unerträglicher Weise diskriminiert.

Fazit: Mit den Beschlüssen der Regierungschefs ist ein Schritt zur mittelfristigen Herstellung des Gleichgewichts auf den Agrarmärkten getan worden; vorausgesetzt, diese Beschlüsse werden in Zukunft auch tatsächlich angewendet. Angesichts der nur halbherzigen Maßnahmen zur Sicherung der bäuerlichen Einkommen aber werden die Probleme vor allem der deutschen Landwirte sich weiter verschärfen.

(-/17.2.1988/vo-he/rs)

* * *

In die Kambodscha-Frage kommt Bewegung

Zu Sihanouks Rückzug aus der Widerstands-Koalition

Von Dieter Schanz MdB

Sihanouks überraschender Rücktritt aus der kambodschanischen Widerstands-Koalition schafft günstige Bedingungen dafür, daß er zu einer friedlichen Lösung der Kamputschcha-Frage beitragen - und in diesem Konflikt sauber präsent sein will.

Zu unterstützen ist Sihanouks Forderung nach Abzug Vietnams aus Kambodscha; Vietnam hatte seine Rückzugsabsichten bekanntlicherweise schon vor Monaten angekündigt.

Je mehr sich die Situation im südostasiatischen Raum entspannt, je glaubwürdiger Sihanouk wird, desto berechtigter wird die Hoffnung auf eine friedliche Lösung.

Bedauerlich sind die chinesischen Presseangriffe zu Vietnam, da sie zu Spannungen zwischen den Ländern führen; wir sollten bei unserer Beurteilung zur Lage in Südostasien nicht nur die Stimmen Thailands und Chinas berücksichtigen.

Vietnam darf trotz seiner Fehler in der Vergangenheit durch das Pol-Pot-Regime nicht allein gelassen werden; im Sinne einer weltweiten Friedenssicherung muß auch die Bundesregierung aktiv werden und unterhalb der Regierungsebene Kontakte zu Vietnam herstellen.

Zu begrüßen ist in dem Zusammenhang, daß sich bei der letzten Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 3. Februar 1988 eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet hat, die diese Kontaktaufnahme herstellen will.

Auch die SPD beginnt nun, der politischen Lage in Vietnam angepaßt, sich umzuorientieren. Es scheint, daß endlich der „weiße Fleck“ Vietnam Farbe bekommen soll.

Die Gründung der Sonderarbeitsgruppe Vietnam innerhalb des Arbeitskreises I, in der auch das außenpolitische Referat des SPD-Partelvorstandes mitarbeiten wird, ist der erste wichtige Schritt in die richtige Richtung.

(-/17.2.1988/vo-ha/rs)

* * *



DOKUMENTATION

Dr. Erhard Eppler: Woher kommen die Waffen? (Teil I)

SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Erhard Eppler hielt am 3. Februar an der Humboldt-Universität zu Berlin einen Vortrag, den wir in zwei Teilen dokumentieren. Er enthält Gedanken, die der SPD-Politiker auch in einem im Frühjahr erscheinenden Buch zu den deutsch-deutschen Beziehungen darlegt.

„Staaten mißtrauen einander nicht, weil sie bewaffnet sind, sondern sie bewaffnen sich, weil sie einander mißtrauen“, sagte Ronald Reagan im amerikanischen Fernsehen, kaum war Gorbatschow am 11. Dezember 1987 von Washington nach Ostberlin abgeflogen. Vielleicht wollte er die Euphorie derer dämpfen, die von den Duzbrüdern Ron und Michail zuviel des Schönen erwarten mochten. Sicher wollte er daran erinnern, daß die Konfrontation zwischen den beiden gewaltigen Mächten nicht ganz von ungefähr gekommen war, vor allem aber daran, daß die Antriebskräfte dieses erdumspannenden Gegensatzes sich noch keineswegs verflüchtigt hatten.

Was Reagan schon auf den ersten Metern beim Abstieg vom Gipfel zu verstehen gab, hatte drei Monate zuvor ein anderes Staatsoberhaupt auf dem deutsch-deutschen Gipfel in Bonn auf die Formel gebracht: „Kapitalismus und Sozialismus verhalten sich zueinander wie Feuer und Wasser“. Es war Erich Honecker.

Honecker könnte der Zustimmung Reagans für seinen eingängigen Satz sicher sein, und er selbst würde dem, was Reagan dem gemeinsamen Freund Gorbatschow nachgerufen hatte, zumindest insofern beipflichten, als für ihn einzig und allein das berechtigte Mißtrauen gegen den Imperialismus die Rüstungen des kommunistischen Lagers veranlaßt hat. Jeder nimmt für sich das Recht, ja die Pflicht zum Mißtrauen in Anspruch.

Nun müssen Gipfel nicht unbedingt der Gipfel der Weisheit sein. Sicher, man kann beide nicht vermengen, nicht Feuer und Wasser, nicht Kapitalismus und Sozialismus. Aber schon da knirscht der Vergleich: Der Sozialstaat ist keine kapitalistische, sondern ursprünglich eine sozialistische Forderung.

Und doch ist der Kapitalismus ohne Sozialstaat offenkundig nicht lebensfähig. Der Markt ist keine sozialistische Erfindung, sondern Teil des kapitalistischen Dogmas, und doch kommt offenbar kein Sozialismus auf Dauer ohne Markt zurecht.

Aber falsch wird das Bild erst, wenn man sich klar macht: wo immer Wasser und Feuer sich berühren, gibt es nachher weder Feuer noch Wasser, sondern nur Gezische, Dampf, Qualm, Gestank. Das mag passen auf einen Atomkrieg zwischen West und Ost, sicher nicht auf die unzähligen Berührungen zwischen beiden Systemen, für die Honecker wirbt. Es zischt nicht, als Honecker dem Bundeskanzler die Hand gab, es qualmt nicht, wenn westliche Firmen zusammen mit kommunistischen Managern in Osteuropa Firmen aufbauen, und es stinkt auch nicht, wenn die DDR bei Banken der Bundesrepublik einen staatlich verbürgten Kredit aufnimmt.

Natürlich enthält auch der Ausspruch Reagans nicht die ganze Wahrheit, auch wenn er, genau wie Honecker, seine Lieblingsthese beharrlich wiederholt. Denn militärische Rüstung, weit genug getrieben, kann durchaus ihre Eigendynamik entfalten. Und schließlich gibt es einen militärisch-industriellen Komplex, der, wo es an Spannungen fehlt, durchaus welche zu produzieren weiß, wenn die Aufträge nicht ausreichen.

Trotzdem: Im Kern haben Reagan und Honecker recht. Es hat keinen Sinn, immer nur die Raketen oder Panzer zu zählen und gegeneinander aufzurechnen, wenn man das Mißtrauen und die Ängste übersieht, die nach solchen Waffen rufen, Ängste, die sich durch Kampagnen immer wieder aktivieren lassen, wenn es darum geht, Rüstung in den Augen der Wähler zu rechtfertigen. Wir müssen Reagan beim Wort nehmen: Wenn es wahr sein sollte, daß Wettrüsten Folge eines Mißtrauens ist, das weder aus Militärdoktrinen noch Atomwaffenarsenalen stammt, dann lohnt es sich zu fragen, wo denn seine Quellen sind. Und wenn wirklich der Gegensatz von Systemen und Ideologien das Mißtrauen hervorbringt, dann wäre zu fragen, ob dies denn notwendig, unausweichlich und für immer so sein müsse.



Eines jedenfalls sollten wir niemandem durchgehen lassen: Erst zu erklären, hinter aller Rustung stehe der Systemkonflikt, der Streit der Werte und Ideologien, und dann „Verrat“ zu rufen, wo versucht wird, der Frage auf den Grund zu gehen, ob dies denn immer und unbedingt so sein müsse.

Wir sind geschichtlich an einem Punkt angekommen, wo keine Friedenspolitik Aussicht auf durchschlagenden Erfolg hat, die den Gegensatz der Systeme ausklammert. Friede für unsere Kinder und Enkel ist nicht nur Aufgabe der Militärexperten, der Diplomaten und Ökonomen, er ist nicht zu haben ohne eine Vorstellung davon, wie entgegengesetzte soziale Systeme mit entgegengesetzten Wertordnungen friedlich miteinander auskommen können. Sind die Systeme nicht friedensfähig - und sei es nur in der Wahrnehmung des jeweils anderen - dann werden die Staaten bestenfalls waffenstillstandsfähig.

Kneifen wir vor der ideologischen Dimension des Konflikts, so werden im besten Fall Phasen der Ent-Spannung abwechseln mit Phasen neuer, möglicherweise erhöhter Spannung. Denn wer immer ein Interesse an Spannungen haben sollte - und solche Interessen gibt es immer - braucht nur nach bewährtem Vorbild den Systemkonflikt wieder hochzupeitschen, zu moralisieren und absolut zu setzen. Dann wagen manche Politiker das Wort „Entspannung“ nicht mehr auszusprechen. Vielleicht ist dies nie mit Sicherheit zu verhindern. Aber erschweren läßt sich dies doch ganz erheblich, wenn wir an die Wurzel herangehen. Daß dies schwieriger ist als Raketen zählen, wer wollte es leugnen. Aber nicht weniger nötig.

Was hat es für einen Sinn, erst die unüberwindlichen Gegensätze aufzulisten, wenn man dem Frieden voranhelfen will? Ist damit irgendein Problem gelöst? Nein, aber in der Geschichte werden Probleme ohnehin nicht gelöst wie Rechenaufgaben. Sie werden erst einmal beschrieben, definiert, begriffen. Dann lernt man damit leben, relativiert ihre Bedeutung, ordnet sie ein in Wichtigeres. Daher ist es nichts Geringes, wenn verfeindete Parteien gemeinsam ihre Differenzen zu Papier bringen. Frieden kann nur geschlossen - und eingehalten - werden, wenn jeder weiß, woran er mit dem andern ist.

Das Gemeinsame Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED ist mißverstanden, wo es als ideologischer Friedensschluß gedeutet wird. Beide Seiten waren sich einig:

„Der Streit über diese Grundfragen wird weitergehen, auch die Hinweise darauf, wo auf der einen oder anderen Seite Theorie und Praxis nicht übereinstimmen.“

Gerade wenn klar ist, daß keiner an Selbstaufgabe denkt, daß kein Schleichweg an der Kontroverse vorbeiführt, erhält die Situationsbeschreibung in den ersten Zeilen des Papiers ihre ganze Dramatik:

„Unsere weltgeschichtlich neue Situation besteht darin, daß die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann. Eine solche Alternative ist historisch ohne Beispiel. Sie verlangt ein politisches Denken, das historisch ebenfalls ohne Beispiel ist.“

Zu diesem politischen Denken ohne Beispiel, ohne das wir nicht überleben können, gehört, daß Systeme und Ideologien sich auf ihre Friedensfähigkeit ansprechen lassen. Können die Systeme sich gegenseitig Existenzberechtigung, Geschichtlichkeit, Veränderbarkeit und damit Reformfähigkeit zugestehen, können sich beide dazu durchringen, der anderen Seite Friedensfähigkeit zuzuerkennen?

Das Papier sagt zu all diesen Fragen - und das gibt ihm sein historisches Gewicht - zum ersten Mal ein klares Ja. So schwer dieses Ja beiden Seiten geworden ist, so schwer läßt es sich je wieder zurücknehmen. Im Kapitel IV. heißt es:

„Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß



beide Systeme reformfähig sind, und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt. Koexistenz und gemeinsame Sicherheit gelten also ohne zeitliche Begrenzung."

Koexistenz ist hier nicht mehr die vernünftigste, zweckmäßigste Form des Klassenkampfes, bis der Kapitalismus das Zeitliche gesegnet hat, sondern ein Miteinanderleben „ohne zeitliche Begrenzung“. Natürlich, wenn die Geschichte offen ist, dann ist auch nicht auszuschließen, daß eines der Systeme an seinen inneren Widersprüchen in sich zusammenbricht. Aber wer Koexistenz oder gar gemeinsame Sicherheit sagt, zielt nicht auf Abschaffung durch Zusammenbruch, sondern setzt auf die Reformfähigkeit und damit auch die Lebensfähigkeit beider Systeme. Der Wettbewerb zwischen beiden ist kein Vernichtungswettbewerb, er will sogar die Reformfähigkeit beider Seiten fördern. Koexistenz wird aus einer taktischen Formel zu eine dauerhaften Lebensform. Nur so wird gemeinsame Sicherheit möglich.

Solche Koexistenz schließt die gegenseitige Anerkennung der Friedensfähigkeit ein:

„Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten.“

Der Absatz ist eindeutig:

Keinem der beiden Systeme wird hier bescheinigt, es sei zu kriegerischen Handlungen unfähig. Es wird auch nicht bestritten, daß beide Weltmächte, wie die Großmächte aller Zeiten, manchmal in die Versuchung geraten, ihren Argumenten mit Gewalt nachzuhelfen, zumal wenn der andere sehr viel schwächer ist und das Risiko kalkulierbar bleibt. Es soll nicht einmal geleugnet werden, daß ein ungefähres militärisches Gleichgewicht beiden gut tut, weil es ihre Friedensfähigkeit zur Friedfertigkeit konkretisieren und steigern kann.

Aber es wird Schluß gemacht mit der selbstgefälligen Annahme auf beiden Seiten, Friede sei lediglich und ausschließlich das Ergebnis der eigenen Abschreckungskraft, die den von Hause aus kriegslüsternen Gegner davon abhalte, seinen aggressiven Neigungen nachzugehen. Nein, weder die Ideologie des Kommunismus noch die Interessenstruktur des Kapitalismus haben prinzipielle Friedensunfähigkeit zur Folge. Friedenspolitik kann anknüpfen an ein dominierendes Interesse am Frieden auf beiden Seiten, sie soll die Friedensbereitschaft der anderen Seite nutzen, herauslocken, stärken und mobilisieren. Friedenspolitik ist dann nicht mehr das absurde Unternehmen, durch immer mehr eigene Waffen - die dann immer mehr Waffen beim andern nach sich ziehen - den andern am Zuschlagen zu hindern, sondern das Bemühen, die eigene und die fremde Friedensfähigkeit zu erproben und zur Friedenswirklichkeit zu konkretisieren.

Nicht mehr allein die eigenen Waffen hindern den andern am Überfall: Er überfällt uns nicht, weil er uns nicht überfallen will. Und er will nicht, weil er ein eigenes Interesse am Frieden hat, das sich beschreiben und verstehen läßt.

Zum Frieden unfähig, so haben wir gesehen, werden Systeme und Ideologien nicht dadurch, daß sie verschieden sind, auch dann nicht, wenn sie ganz und gar unvereinbar bleiben. Zur Feindschaft zwischen Staaten führen sie erst, wenn es zu ihren Glaubenssätzen gehört, das jeweils andere System dürfte es eigentlich gar nicht geben, es habe kein Existenzrecht. Wenn nur für einen von beiden Platz auf dieser Erde ist, wenn früher oder später das „Du oder Ich“ zur Entscheidung steht, kann Waffenstillstand zweckmäßig, aber Friede nicht dauerhaft sein.

Wenn beide Selten - und das ist unvermeidlich - daraus schließen, die jeweils andere sei zum Frieden unfähig, dann wird jede sich so verhalten, daß ihre Praxis die Theorie der andern Seite zu bestätigen scheint. Genau dies haben wir nun seit vier Jahrzehnten erlebt und erlitten. Und genau dies soll nun ein Ende haben.

Daher ist nicht auszuschließen, daß eines Tages im Rückblick auf dem Papler der Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften gesagt wird: Dies war der erste gemeinsame Vorstoß in eine neue, aber eben reale und durch nichts ersetzbare Dimension von Friedenspolitik.

(-/17.2.1988/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß - „Kultur des politischen Streits“ - veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

